

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Stefan Schlede** und **Tim-Christopher Zeelen** (CDU)

vom 09. Januar 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Januar 2015) und **Antwort**

Politisch motivierte Kindesentziehung – Zwangsadoption in der DDR

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Kinder wurden in Berlin zwangsadoptiert?

2. Wie viele Menschen suchen nach ihrer Zwangsadoption noch heute nach ihren Angehörigen?

Zu 1. und 2.: Menschen, die vermuten, Opfer einer Zwangsadoption geworden zu sein, können sich mit ihrem Anliegen wie Adoptierte und abgebende Eltern an die Adoptionsvermittlungsstellen wenden. Häufig ist die Einsichtnahme in die Adoptionsakte ein erster Schritt, Informationen über die leiblichen Eltern und Geschwister zu erhalten.

Ein Adoptionsvorgang wird bis zu 60 Jahre nach Geburt bei der vermittelnden Adoptionsvermittlungsstelle aufbewahrt. Einsicht nehmende Adoptierte werden dabei durch eine Fachkraft der Adoptionsvermittlungsstelle begleitet.

Die Zahl der jährlich mit der zentralen Adoptionsvermittlungsstelle des Landes Berlin Kontakt aufnehmenden Menschen, die vermuten, Opfer einer Zwangsadoption geworden zu sein, liegt im unteren einstelligen Bereich.

Darüber hinaus gehende statistische Erhebungen liegen nicht vor.

3. Welche Erfahrungen hat die Stasi-Unterlagen-Behörde gesammelt?

Zu 3.: Hierüber werden nach hiesigem Kenntnisstand keine Erhebungen durchgeführt.

4. Gibt es noch heute Mitarbeiter in Berlin, die damals Verantwortung für diese Taten hatten?

Zu 4.: Hierüber liegen keine Informationen vor.

Berlin, den 21. Januar 2015

In Vertretung

Sigrid Klebba
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Jan. 2015)